

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/54

28. Mai 1975

Die Allianz muß ihre Handlungsfähigkeit beweisen

Erwartungen an die NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheits-
politik der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 92 Zeilen

Die Dritte Welt ist ein Geschäftspartner

Entwicklungszusammenarbeit ist eine lohnende Investition

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaft-
liche Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 82 Zeilen

Etwas mehr Zeit für Europa I

Vorlagen von EG-Institutionen finden im Bundestag nicht
immer genügend Beachtung

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 5 und 6 / 52 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Vertrauen für die SPD im Revier

Seite 7 und 8 / 48 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ecker

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 05 80 646-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Die Allianz muß ihre Handlungsfähigkeit beweisen

Erwartungen an die NATO-Gipfelkonferenz in Brüssel

Von Kurt Mattiak MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SFD-Bundestagsfraktion

Die Gipfelkonferenz der NATO tagt in einer besonders brisanten Situation. Wenn die öffentliche Meinung der Partnerländer positiv angesprochen werden soll, muß die Konferenz in einigen Fragen über das Normale hinausgehen und beherrlich auf Entscheidungen dringen.

Die NATO hat in den letzten Jahren zu wenig darauf geachtet, daß Handlungen und Beziehungen nicht genügend mit der öffentlichen Meinung abgestimmt wurden bzw. nicht ausreichend vertreten und begründet wurden. Dabei muß man auch in Rechnung stellen, daß zumindest im europäischen Raum Handlungen der Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Verteidigungssektor in der öffentlichen Meinung weitgehend mit der NATO identifiziert werden. Der Antiamerikanismus in Griechenland und auf Zypern ist darauf zurückzuführen, und wenn man aus den Fehlern lernen will, dann sollte man nicht kurz vor dem Ende des Franco-Regimes mit diesem ohne Rücksicht auf die Stimmung im spanischen Volk die Beziehungen gerade jetzt so verengen, daß in der Bevölkerung der Eindruck besonderer Sympathie für das spanische Regime entsteht.

Das Bündnis muß in der gegenwärtigen Situation seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Die Krise des Bündnisses ist weniger militärischer Natur sondern vielmehr politisch-psychologischer und sozio-ökonomischer Art.

1/ Auf der Insel Zypern lastet ein Konflikt, in dem Griechenland und die Türkei sich in kriegsähnlichem Zustand gegenüberstehen. Mehr als 220.000 Flüchtlinge sind nunmehr ein Jahr aus ihrem normalen Leben, aus Wohnung und Arbeit herausgerissen und ein Großteil von ihnen haust unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern, Zelten und Waldhütten. Dieser Entzivilisierungsprozeß darf sich nicht bis in den nächsten Winter fortsetzen. Aus den arabischen Flüchtlingslagern ist die erste Terrorwelle über uns gekommen. Wir sollten gewarnt sein. Griechenland und die Türkei sind Allianzmitglieder. Griechenland ist zwar aus der militärischen Integration der NATO ausgetreten, aber es bleibt als Allianzpartner für uns wichtig. Die NATO würde durch Zuspitzung dieses Konfliktes erheblich geschwächt werden. Was not tut, ist natürlich einmal Bereitschaft zu materieller Hilfe, das Wichtigste ist aber eine diplomatische Initiative, die nicht auf Publizität und Effekthascherei ausgerichtet ist, sondern kameradschaftliche Vermittlung zwischen Griechenland und der Türkei herstellt und beiden Partnern hilft, durch ihr Tun den Zypern-Konflikt aus der Welt zu schaffen.

2/ Portugal: Hier stehen wir vor innenpolitischen Entwicklungen, die von vielen, die sich ihre demokratische Gesinnung zugutehalten, als gefährlicher angesehen werden als es der Faschismus in Portugal oder die Militärjunta in Griechenland jemals waren. Dies ist eine merkwürdige Umkehrung der

Verhältnisse. Die NATO kann erfreut darüber sein, von der Militärjunta in Griechenland und dem Regime Gattano in Portugal befreit zu sein. Dies ist zunächst eine politische Entlastung. Sie muß bei ihrer Urteilsbildung in Portugal davon ausgehen, den Grundsatz der Eigenentwicklung zu respektieren. Es wäre gefährlich, die Mitgliedschaft von Portugal in der NATO von uns aus vorzeitig anzuzweifeln, in Frage zu stellen oder in irgendeiner Weise einzuschränken. Alle Bemühungen müssen darauf gerichtet sein, den demokratischen Kräften moralische, politische und materielle Hilfe zu leisten. Was not tut, ist also wiederum konkrete wirtschaftliche Hilfe und nicht vorzeitige ideologische Verurteilung.

3/Spanien: In diesen Tagen ist viel die Rede davon, mögliche militärische Einbußen auf der Südflanke der NATO durch die Einbeziehung Spaniens in die NATO wettzumachen. Hier muß klar gesagt werden, daß eine solche Politik kurzsichtig ist. Eine fruchtbare Zusammenarbeit mit Spanien kann sich erst dann ergeben, wenn sich auch dort die demokratischen Kräfte durchgesetzt haben werden. Es wäre unverantwortlich, das Franco-Regime jetzt dadurch zu stabilisieren, daß man es international hoffähiger macht. Der mögliche militärische Gewinn einer NATO-Mitgliedschaft Spaniens würde in keinem Verhältnis zu dem politischen Schaden stehen, der gegenwärtig in anderen Mitgliedstaaten des Atlantischen Bündnisses entstände. Politische Anziehung- und Ausstrahlungskraft kann das Bündnis nur durch ein uneingeschränktes Engagement für die Demokratie gewinnen, nicht aber durch das Liebäugeln mit einem autoritären Regime.

4/ Entspannung: Das Bündnis muß auch klar zum Ausdruck bringen, welchen Rang die Entspannung für die Außenpolitik der Bündnispartner haben soll. Es gibt Stimmen, die uns angesichts der Ereignisse in Vietnam, im Nahen Osten, in Portugal, Griechenland, der Türkei und Zypern einreden wollen, daß alle Schwächen, die das Bündnis in diesen Tagen gezeigt hat, auf die Entspannungspolitik zurückgeführt werden müssen. Diese These ist grundfalsch. Sie verwechselt bündnisinterne Probleme mit sowjetischem Druck und würde, wenn man dieser These folgt, dazu führen, daß falsche Schlussfolgerungen gezogen und die bündnisinternen Probleme nur noch vergrößert werden. Die wirkliche Krise stünde uns dann noch bevor, nämlich die Verschärfung der Ost-West-Beziehungen bei gleichzeitiger Erhöhung der bündnisinternen Spannungen. Die NATO-Gipfelkonferenz sollte sich also klar für die Fortsetzung der Entspannungspolitik und gegen eine Unterbrechung von Ost-West-Verhandlungen aussprechen. Dabei sollte auch klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die Ost-West-Entspannung ohne konkrete Abrüstungsmaßnahmen, wie sie bei SALT und MBFR angestrebt werden, ein unvollendetes Gebäude bleibt.

Sobald auf KSZE-Ebene in Genf Ergebnisse vorliegen, muß sich das Schwerkraft der Ost-West-Verhandlungen stärker auf Abrüstungsmaßnahmen konzentrieren. Dieser politische Zusammenhang muß klar erkannt und deutlich gemacht werden. Die Gipfel-Konferenz darf sich nicht darauf beschränken, eine Demonstration der Geschlossenheit zu veranstalten. Für uns Sozialdemokraten hat die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Engagements in Europa im Falle eines Rückzugs der Vereinigten Staaten aus Vietnam nie in Frage gestanden. Die wirkliche Herausforderung liegt in der Bewältigung unserer konkreten bündnisinternen Probleme.

(-/28.5.1975/ka/fr/pr)

+ + +

Die Dritte Welt ist ein Geschäftspartner

Entwicklungszusammenarbeit ist eine lohnende Investition

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Devise für die kommenden Haushaltsberatungen heißt "sparen, sparen und nochmals sparen". Ihr kann sich kein verantwortungsvoller Politiker entziehen. Dennoch: Auch beim Sparen gibt es "Prioritäten". Auf Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit muß die Bundesregierung mit einer verstärkten Mittelbereitstellung reagieren, damit das "soziale Netz" hält. Wenn es stimmt, daß Entwicklungspolitik einen Beitrag zur Schaffung bzw. zur Stabilisierung von Arbeitsplätzen, auch in der Bundesrepublik, leistet (so Bundesminister Egon Bahr), dann sollte sich die Bundesregierung nicht der Möglichkeit berauben, weiterhin eine aktive Politik auf diesem Felde zu betreiben.

In diesem Jahr werden nur drei Pfennige von jedem bei uns erwirtschafteten Zehnmarkschein in die Zusammenarbeit der Öffentlichen Hand mit den Ländern der Dritten Welt gehen. Lediglich der fünfzigste Teil des Bundeshaushaltes ist für sie vorgesehen - allein die Tabaksteuer bringt dreimal soviel ein. Eine Verringerung der nicht gerade hohen Entwicklungsleistungen der - trotz Energiepreiskrise - reichen Bundesrepublik würde deren Ernsthaftigkeit, eine faire und gerechte Partnerschaft mit der Dritten Welt praktizieren zu wollen, starken Zweifeln aussetzen.

Eine Diätanzierung eines Schlüssellandes wie der Bundesrepublik vom 0,7 Prozent-Ziel würde nicht nur ein Abrücken von Beschlüssen der Bundesregierung, von EG-Willenserklärungen und von international abgegebenen Versprechen bedeuten, sondern auch möglicherweise bei einigen anderen Gebirgsländern eine Kettenreaktion auslösen und bei den Entwicklungsländern zu noch massiveren Forderungen und Reaktionen führen (wie z.B. erhöhter Kapitaltransfer durch Koppelung mit den Sonderziehungsberechtigten, Rohstoffexportkartelle, Handelsbeschränkungen, Abschotten der Märkte, keine Rückzahlung von Kapitalhilfekrediten).

Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt ist nicht allein ein "langfristig einlösbare positiver Wechsel für die Industriestaaten" (SPD-MdB Erwin Stahl), auch hier und heute kann sie allen Beteiligten Nutzen bringen, besonders der Bundesrepublik, deren Brutto sozialprodukt zu knapp einem Viertel aus Exporterlösen besteht. Gerade für uns ist die Erkenntnis wichtig, daß ein Zusammenhang zwischen dem Entwicklungsgrad eines Landes und unserem Handelsaustausch mit ihm besteht: 1974 gingen etwa 80 vH unserer Ausfuhren in die westlichen entwickelten, industrialisierten Staaten.

In einer Zeit stagnierenden Warenverkehrs zwischen den Industriestaaten und in einer weltwirtschaftlichen Lage, die keinen schnellen welt-

weiten Aufschwung erwarten läßt, ist es einigermaßen erstaunlich, daß nun auch die Bemühungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt beschnitten oder jedenfalls nicht wesentlich verstärkt werden wollen. Gerade hier liegen auf lange Sicht die besten Möglichkeiten zur Erweiterung bestehender und Erschließung neuer Märkte. Gerade die jetzigen Entwicklungen der Welt müssen uns doch zeigen, daß wir nicht mehr allzulange auf einer Wohltatensinsel in einem Meer von Elend leben können.

Abgesehen von der Pflicht für die Sorge um die uns folgenden Generationen liegen auch die kurzfristigeren Vorteile der Entwicklungszusammenarbeit auf der Hand:

- Von unseren bilateralen Leistungen zugunsten der Dritten Welt strömen 80 vH als Aufträge an die deutsche Industrie wieder in die Bundesrepublik zurück. Bei der multilateralen Hilfe übersteigen die daraus resultierenden Auftragsgänge sogar unsere finanziellen Einsätze, bei der Weltbank gar um das Doppelte.

- Die Investitionen im Rahmen der Entwicklungspolitik machen sich für uns schon heute bezahlt. Ohne sie wären die Investitionen der deutschen Industrie in der Dritten Welt häufig nicht möglich gewesen, die die ständige Modernisierung unserer Wirtschaftsstruktur durch Auslagerung obsoleter Branchen und rechtzeitige Umsetzung der Arbeitskräfte in einigen Bereichen mitgefördert hat. Ohne diese Veränderungen unserer Binnenwirtschaft stünden wir aber heute nicht als das stabilste Industrieland der Welt da.

- Freundschaftliche Beziehungen zur Dritten Welt nützen auch indirekt der Sicherstellung unserer Rohstoffversorgung. Nur wenn diese Länder sehen, daß wir sie als politische und wirtschaftliche Interessengemeinschaft betrachten und nicht durch die Verfolgung kurzfristig wirksamer Vorteile auseinander zu dividieren versuchen, werden sie keinen Grund sehen, uns unter Druck setzen zu müssen.

- Nur die entschlossen gezeigte Bereitschaft zu gleichberechtigter Zusammenarbeit und zur Einsicht in die Notwendigkeit einer Umverteilung der nicht unendlich multiplizierbaren Weltreichtümer nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, wird die Entwicklungsländer davon abbringen, in der bestehenden Weltwirtschaftsordnung ein System zu sehen, das seinem Wesen nach die Industriestaaten auf Kosten der Dritten Welt bevorzugt, und das umgestürzt werden muß, notfalls mit Gewalt.

Die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt ist zu ihrem größten Teil keine Caritas. Die Bundesregierung trifft ihre Entscheidungen zur Projektfinanzierung nach den Aussichten für einen Erfolg, der sich vor allem in der Stärkung der Wirtschaftskraft des betreffenden Entwicklungslandes ausdrücken soll. Sie erhält ihre Kredite meistens pünktlich zurückerstattet. Wir machen Geschäfte mit der Dritten Welt, die Dritte Welt macht Geschäfte mit uns, jeder will seine Zukunft sichern. Es wäre töricht, hier nicht mehr zu investieren; es wäre gefährlich, hier brutal zu kürzen. Entwicklungszusammenarbeit ist auch keine Schönwetterveranstaltung, die man bei aufkommenden Turbulenzen abklärt; denn wer kann heute noch nach der Gegenwart, geschweige nach der Zukunft seines Landes fragen, ohne nach dem Heute und Morgen der Welt zu fragen? (-/28.5.1975/ks/pr)

+ + +

Etwas mehr Zeit für Europa I

Vorlagen von EG-Institutionen finden im Bundestag nicht
immer genügend Beachtung

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

"Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Auffassung, daß eine europäische Verkehrspolitik nicht nur möglich, sondern auch notwendig ist." Diese Aussage des Bundesverkehrsministers beendete eine kurze Debatte im Deutschen Bundestag, die von den Verkehrspolitikern des Europäischen Parlaments ange-regt worden und - zum ersten Mal - ausschließlich der Situation der Ver-kehrspolitik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gewidmet war.

Zuvor gab es Einmütigkeit wie selten in diesem Haus. Die Sprecher aller drei Fraktionen hatten den bisherigen Zustand des Nichtvorankommens in die-
sem Bereich beklagt, den Ministerrat zum Handeln aufgefordert und die bis-
herigen Aktivitäten der Kommission und des Europäischen Parlaments für eine
gemeinschaftliche Verkehrspolitik begrüßt. Dabei wurde dem deutschen Ver-
kehrsminister bescheinigt, daß ihm keine Schuld an der unbefriedigenden
Situation anzulasten sei. Minister Gscheidle wurde gebeten, sich nicht ent-
mutigen zu lassen und immer wieder selbst neue Initiativen im Ministerrat
zu ergreifen.

Die Verkehrspolitiker erhielten in dieser Bundestagsdebatte bei ihrem
Bemühen, ihre Sorgen um die europäische Verkehrspolitik einer breiten
Öffentlichkeit darzulagen, Unterstützung durch den SPD-Fraktionsvorsitzen-
den. Herbert Wehner meldete sich zu Wort um "eine kurze Bemerkung" zu machen.
Dabei griff er ein Anliegen aller Europa-Parlamentarier auf, als er erklärte,
er begrüße denkbar, wenn sich der Deutsche Bundestag nach dem heutigen kon-
kreten Versuch einer Erörterung von Sorgen, Problemen und Notwendigkeiten
auf einem lebenswichtigen Teilgebiet der Politik unserer europäischen Ge-
meinschaft in Zukunft häufiger zur Sache in europäischen Lebensnotwendig-

keiten äußerte.

In der Tat: Viele Vorlagen von EG-Institutionen durchlaufen den Bundestag und werden, wie es heißt, zur Kenntnis genommen. Inwieweit ihre Inhalte - und nicht nur von den Mitgliedern des Bundestages - wirklich zur Kenntnis genommen werden, ist eine Frage, die durch Herbert Wehners Diskussionsbeitrag hoffentlich aufgegriffen wird. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion erwähnte, daß diese Dokumente das deutsche Parlament passieren, "ohne daß Gelegenheit gegeben oder auch genommen wird, daß wir uns gemäß unseren parlamentarischen Pflichten zu der jeweiligen Sache äußern". Wehner fügte noch hinzu, wenn diese Pflicht nicht ausgeübt werde, werde die Möglichkeit verringert, dem Europäischen Parlament das Recht auf Erwirkungen auf Entscheidungen durchsetzen zu helfen.

Diese Aussagen gehen weit über den aktuellen Anlaß, die Verkehrsdebatte, hinaus. Sie greifen z.B. auch die Frage auf, wie die Arbeit der 36 deutschen Bundestagsabgeordneten im Europäischen Parlament zu werten ist. Entschliessungen dieses noch nicht mit umfassenden Kompetenzen ausgestatteten Parlaments werden gerne von den Bonner Kollegen möglichst schnell abgehandelt. Der Vorsitzende eines Bundestagsausschusses teilte sogar vor einiger Zeit mit, sein Ausschuss werde derartige Vorlagen nicht mehr behandeln, man habe Wichtigeres zu tun. Herbert Wehner hat - auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Direktwahl des Europäischen Parlaments - und der Entwicklung seiner Befugnisse einen wichtigen Anstoß gegeben.

Es wäre zu begrüßen, wenn künftig Vorschläge der EG-Kommission und Stellungnahmen des Europäischen Parlaments mehr Beachtung im Deutschen Bundestag und damit auch in der deutschen Öffentlichkeit finden würden. Wenn das bewirkt werden könnte, wäre durch die Bonner Debatte über den Stillstand in der EG-Verkehrspolitik "Bewegung" in die gegenseitigen Beziehungen Bundestag - Europäisches Parlament gekommen. (-/28.5.1975/ks/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Vertrauen für die SPD im Revier

Bereits frühe Analysen der Landtagswahlen vom 4. Mai in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, daß es der SPD in den Industriestädten gut gelungen ist, ihre Anhänger zu mobilisieren. Besonderes Vertrauen genießt die Partei bei den Bergarbeitern. Das veranschaulichen die Wahlergebnisse in typischen Bergarbeiter-Stimmbezirken, die die Zeitung für Mitglieder der IG Bergbau und Energie "einheit" zusammengetragen hat.

Im Vergleich zu den Landtagswahlen 1970 haben am 4. Mai in NRW in Prozenten die CDU 0,8, die FDP 1,2 gewonnen und die SPD 1,0 verloren; durch die hohe Wahlbeteiligung (1970:73,5, 1975:86,2 vH) haben jedoch alle drei Parteien mehr Stimmen erhalten. In absoluten Zahlen haben 1975 an Stimmen dazugewonnen die CDU 800.000, die SPD 630.000 und die FDP beachtliche 210.000. In einer ersten und grobrastigen Wahlanalyse haben die Meinungsforscher für NRW festgestellt, daß in Arbeiterbezirken die SPD im Vergleich zu CDU und FDP unverhältnismäßig hohe Stimmenanteile für sich verbuchen konnte.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, wie sich die Bergarbeiter und ihre Familienangehörigen entschieden haben. Die "einheit" hat sich bei den Wahlämtern einiger Städte im nordrhein-westfälischen Bergbaurevier nach den Wahlergebnissen in typischen Bergarbeiter-Stimmbezirken erkundigt. Die Ergebnisse sind eindeutig:

Herzogenrath-Merkstein: SPD 73,4 vH, CDU 23,1 vH, FDP 2,3 vH.

Alsdorf-Ost: SPD 70,1 vH, CDU 25,2 vH, FDP 2,2 vH.

Lünen: SPD 78,31 vH, CDU 19,34 vH, FDP 2,35 vH.

Dortmund-Huckarde: SPD 77,4 vH, CDU 18,1 vH, FDP 3,5 vH.

Dortmund-Mengede: SPD 75,8 vH, CDU 20,9 vH, FDP 2,6 vH.

Dortmund-Bodelschwingh: SPD 70,2 vH, CDU 25,2 vH, FDP 3,4 vH.

Dorsten: SPD 69,7 vH, CDU 26,7 vH, FDP 3,1 vH.

Oer-Erkenechwick: SPD 74,2 vH, CDU 19,1 vH, FDP 3,2 vH.

Marl: SPD 82,9 vH, CDU 13,3 vH, FDP 2,3 vH.

Werne-Süd: SPD 70,6 vH, CDU 20,9 vH, FDP 5,6 vH.

Mülheim: SPD 80,63 vH, CDU 15,1 vH, FDP 4,1 vH.

Recklinghausen: SPD 72,3 vH, CDU 21,4 vH, FDP 3,8 vH.

Castrop-Rauxel: SPD 70,6 vH, CDU 20,9 vH, FDP 5,6 vH.

Auffallend an diesen Wahlergebnissen aus einigen typischen Bergarbeiter-Stimmbezirken ist die Tatsache, daß die FDP - mit nur zwei Ausnahmen - in nahezu allen Stimmbezirken weit unter der Fünf-Prozent-Grenze blieb. Ebenso bemerkenswert ist das schlechte Abschneiden der CDU, die in einem extremen Fall sogar nur 13,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, während die SPD auf 82,9 Prozent kam.

Das nordrhein-westfälische Gesamtergebnis (CDU = 47,1 Prozent, SPD 45,1 Prozent und FDP 6,7 Prozent) spiegelt sich also keineswegs in den Bergarbeiter-Stimmbezirken wider. Die SPD hat eindeutig bei den Bergarbeitern ein weit überdurchschnittlich großes Vertrauenspolster, während die CDU ebenso zweifelsfrei nur von relativ wenigen Wählern und Wählerinnen in den Bergarbeiter-Stimmbezirken getragen wird. Während die CDU im Lande stärkste Partei wurde, lagen in den Bergarbeiter-Stimmbezirken die Mehrheiten überdeutlich bei der SPD.
(-/28.5.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Prellar